

Wirtschaftsdemokratie als Perspektive

Autor(en): **Schui, Herbert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **31 (2011)**

Heft 61

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftsdemokratie als Perspektive

Was soll Wirtschaftsdemokratie? Otto Brenner, Vorsitzender der IG-Metall von 1956 – 1972, hatte darauf eine bündige Antwort: „Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presse-recht, bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. (...) Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit.“ Indem im hier zu kommentierenden Sammelband *„Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“** die Autoren Meine/Stoffregen (S. 25f) und Schumann/Detje (S.76) in ihren Beiträgen Brenner zitieren, reihen sie ihre Forderung nach Wirtschafts-demokratie in die gewerkschaftliche Tradition eines umfassenden, radikalen Verständnisses von Demokratie ein.

„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit“, so ein geflügeltes Wort von Brenner, „ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“ Das passt in seine Rede zu den Studentenprotesten von 1968, in der er die Forderungen der Studierenden unterstützt. In seiner Substanz sei der Protest „Bestandteil einer großen und noch nie dagewesenen antiautoritären Bewegung (...), von der wir uns auf keinen Fall distanzieren können, wenn wir uns nicht selbst verleugnen wollen.“ Und weiter fragt er: „Wollen wir uns ganz grundsätzlich auf die Seite dieser kommenden Generation stellen oder wollen wir uns als diejenigen abstempeln lassen, die trotz aller wohlklingenden 1.-Mai-Reden im Grunde auch von Vaters und Großvaters Untertanengeist beseelt sind?“ (Brenner 2007, 365f)

Brenner wusste, wovon er redete: Er war einer der prominenten Anführer des jugendlichen oppositionellen Flügels der SPD, der die Tolerierungspolitik¹ der SPD gegenüber der Regierung Brüning seit den Wahlen 1930 ablehnte. 1931 wird er deswegen aus der SPD ausgeschlossen. Mit anderen Parteilinken schließt er sich daraufhin der neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an (Otto Brenner Stiftung 2011). Natürlich ist da die Frage nicht weit, ob die SPD seit der Regierung Schröder (1998) materiell nicht einer ähnlichen Art Politik nachging, indem sie aktiv das Geschäft des Gegners betrieb, so die Liberalisierung des Finanzmarktes und die Hartz-Sozialgesetzgebung. Ähnliches gilt für andere New-Labour-Regierungen.

Unter der Oberfläche dieser Politik verbirgt sich eine sehr besorgniserregende Entwicklung, nämlich die zunehmende Trennung des Wahlvolkes von der Regierung und dem Parlament, das ihr die Mehrheit verschafft: Urban und Hirschel/Schulten sprechen dies in ihren Beiträgen mit dem Verweis auf Colin Crouch an: „Für Crouch“, so Urban (S. 60) zustimmend, „resultieren die postdemokratischen Zustände nicht aus der offenen Infragestellung oder Zerstörung der staatlichen Institutionen, sondern aus sozialen und politischen Prozessen, die die Voraussetzungen demokratischer Verfahren erodieren.“ Als Illustration hierfür kann dienen, dass in Deutschland die überwiegende Mehrheit in Meinungsumfragen ein Renteneintrittsalter mit 67 oder den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ablehnt, die Mehrheit des Bundestages aber mit ebenso großer Mehrheit dies beschließt. Wer also gibt den Ton an? Es ist doch merkwürdig: Da geben sich ehrgeizige Leute allergrößte Mühe, ins Parlament gewählt zu werden, um dann aber, wenn sie als Regierungskoalition die Macht haben, nicht eigentlich zu regieren und die Interessen ihrer Wählerschaft zu vertreten, sondern das Regieren der Wirtschaftslobby zu überlassen.

Dies kann nur eines bedeuten: Die Demokratie ist in der Krise. Der Artikel 20 (2) des Grundgesetzes („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“) ist nicht verwirklicht, wird mehr und mehr zur Leerformel. Denn viel Staatsgewalt geht von wohlorganierten Wirtschaftsinteressen aus. Dem Wirtschaftsdemokratie entgegenzusetzen, den „sozialen Bundesstaat“ zu fordern, ist die Aufgabe der Gegenwart. Wirtschaftsdemokratie zu fordern bedeutet in dieser Lage, das Widerstandsrecht des Artikels 20 (4) wahrzunehmen. Und um Klarheit zu schaffen: Dieses Widerstandsrecht will nicht die Soziale Marktwirtschaft schützen, sondern die Bundesrepublik Deutschland als einen „demokratischen und sozialen Bundesstaat“, so Artikel 20 (1). Wirtschaftsdemokratie ist Sozialstaat, wie auch Negt einleitend festhält (S.9). Erfreulich ist, dass die Autoren des Sammelbandes, soweit sie Gewerkschaftsfunktionäre sind, keine Erhard-Nostalgie betreiben und Distanz halten zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft.

*

Auch wenn sich der Widerstand gegenwärtig nicht gegen eine „totalitäre Staatsordnung“ richten muss, von der Max Horkheimer (1934) sagte, dass eine liberalistische Wirtschaft notwendig in diese übergehe: Der autoritäre Staat mit seiner brutalen Hartz-IV-Gesetzgebung, seiner Terrorismus-Hysterie und Überwachungsbesessenheit meldet sich zu Wort. Die Empörung nimmt zu, Widerstand ist da – aber wird er erfolgreich genug sein? In jedem Falle ist Wirtschaftsdemokratie eine realistische Alternative, ein Projekt des Widerstandes, indem sie eine Veränderung der herrschenden Wirtschaftsweise fordert.

Wer aber soll diese Veränderung durchsetzen? Infrage kommt – das ist trivial –, wer Interesse an dieser Veränderung haben kann. Das sind die Lohnabhängigen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Dieser Mehrheit lässt sich ohne Willkür ein gemeinsames Interesse unterstellen, nämlich das Interesse an Vollbeschäftigung, an einem Lohn, der dem Stand der Arbeitsproduktivität Rechnung trägt, an sozialer Absicherung, an umfassenden öffentlichen Diensten, als Mehrheit am Recht auf Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft allgemein. Kein Grund also, sich eilig vom Proletariat zu verabschieden. Und weil dieses Interesse das Mehrheitsinteresse ist, hilft eine funktionierende Demokratie nicht wenig, es durchzusetzen. Auch das Projekt Wirtschaftsdemokratie kann sich auf diese Interessen berufen; es hat eine Chance, zusammen mit vielen anderen Projekten, die demselben Interesse verbunden sind, gesellschaftliche Bewegung auszulösen. Das alles spricht für Urbans (S. 62) bündnispolitische Vorstellung von einer Mosaik-Linken. Wäre damit das Ziel des Sozialismus aufgegeben, würde es in einer großen Zahl von Reformen aufgelöst?

Die Frage kann so nicht gestellt werden. Denn die Idee des einen großen Wurfes „Sozialismus“, der, wenn verwirklicht, alle Möglichkeiten eröffnet, um alle Fragen zu lösen, ist eine Illusion. Diese Vorstellung usurpiert das Bibelwort, wonach zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit zu suchen ist in der Gewissheit, dass alles andere, so Nahrung, Kleidung und Obdach, hinzugegeben wird.² Was aber den Religionsstiftern recht ist, ist denen, die Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern wollen, nicht billig.

Es ist aber zu betonen: Veränderung setzt voraus zu wissen, welche ungenutzten Möglichkeiten die Gegenwart unter dem Gesichtswinkel des Wirtschaftlichen, des Sozialen und anderem mehr enthält. Ohne Analyse geht es also nicht. Zur Subjekt-Werdung gehört die rationale Aneignung unserer sozialen Umwelt, das heißt Erkenntnis, also Theorie.³ Für gewerkschaftliche Bildungsarbeit bedeutet dies: Sie ist „vor allem Zweckbildung. (...) Deshalb wird es nicht ausreichen, sich (...) auf die Vermittlung von engen funktionsbezogenen Kenntnissen und Fähigkeiten für Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder zu beschränken oder gar Inhalte und Themen frei und nachfrageorientiert in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu implementieren. Bildungsarbeit muss insbesondere auch dazu beitragen, Utopien jenseits der alltäglichen Auseinandersetzung gemeinsam zu denken (...).“ (Maß/Wolfram S. 201) Ohne dieses allgemeine Verständnis von der gegenwärtigen Lage reduziert sich vieles allzu sehr auf allzu Konkretes, so auf „Stuttgart 21“ oder auf Atommüll. Nichts gegen diese Empörung. Sie ist ein erster Schritt, und die allermeisten, die demonstrieren, verstehen ihren Protest auch so. Aber bei nur teilweise (rationaler) Aneignung der sozialen Umwelt ist die Durchschlagskraft des Protestes geringer.

Eine umfassende und systematische Kenntnis unserer Gegenwart und damit der Veränderungsmöglichkeiten, die sie abstrakt eröffnet, liefert uns die Ansatzpunkte und Strategien, unsere brennenden Probleme Zug um Zug zu lösen. Sind sie gelöst (und ist ihre Lösung nicht nach Politikaster-Art nur inszeniert), dann kann die neue und bessere Lage verstanden werden als ein Schritt hin zum Sozialismus. Dieser ist das *Ergebnis* eines Prozesses der Lösung von Problemen, nicht aber der Ausgangspunkt, um überhaupt die entscheidenden Fragen anpacken zu können. Immer ist zu bedenken: Die Aufgabe einer Linken kann es nicht sein, ihren Sozialismus zu definieren, um dann hieraus die nächsten Schritte abzuleiten. Die Aufgabe ist vielmehr, Prozesse einzuleiten mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse bessern zu wollen. Soziale Bewegungen sind ins Leben zu rufen. Sozialismus, das sind bessere Lebensverhältnisse, das ist schließlich eine Gesellschaft, die – um ein Beispiel zu machen – in der Lage ist, die steigende Produktivität der Arbeit für einen höheren Lebensstandard zu nutzen.

Verbeißt man sich dagegen am „Sozialismus“ als einem Feldzeichen, statt die vielen notwendigen Konflikte an Ort und Stelle aufzugreifen und anzugehen, dann geraten die unterschiedlichen Vorstellungen von Sozialismus zueinander in Konflikt: Die einen wollen freiheitlichen, die anderen demokratischen, einige Staatssozialismus und so fort. Sogleich setzt Pfaffengezänk ein und aller Elan verrieselt im quasitheologischen Disput. Zurecht betont Urban (S. 51), dass die „sozialistischen Gewissheiten (...) einem Strategieprojekt am Beginn des 21. Jahrhunderts, das durch heterogene Kollektivakteure zu tragen wäre, nicht als gemeinsame Ausgangsbasis vorausgesetzt werden können. Weder kann das Sozialismus-Ziel als Konsens aller unterstellt werden, die als Protagonisten wirtschaftsdemokratischer Reformen gewonnen werden müssen; noch existiert in der Linken der Gegenwart eine hinreichende Idee von dem, was (...) heute unter einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft verstanden werden sollte (...).“

Demokratie – nicht zuletzt als Staatsform, in der sich das Mehrheitsinteresse verwirklicht – kann dagegen als gemeinsame Ausgangsbasis gelten. Denn „Sozialismus“ – so zitiert Negt (S.9) Wolfgang Abendroth (1975, 26) zustimmend – „ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“ „Denn eine halbe Demokratie mit freien Wahlen“, so Negt (S. 9f), „aber ungenügenden bis keinen Mitbestimmungsrechten in den eigenen zentralen Lebensbereichen ist nicht von Dauer. Demokratisierung auch in den wirtschaftlichen Machtbereichen ist die einzig verlässliche und wirksame Gegenkraft gegen deren zerstörerische Tendenzen.“

Verträgt sich dieser Standpunkt mit einer Geschichtsphilosophie, die dem Gang der Geschichte einen Sinn unterstellt bzw. ihn durch allgemei-

ne Gesetzte zu erklären versucht? Hier geht es nicht nur um Marx' materialistische Geschichtsphilosophie. Auch an Herders Vorstellung einer organischen Entfaltung der Humanität in jeder Kulturstufe ist zu erinnern oder an Voltaire und Condorcet, die Geschichte als Fortschritt der Vernunft verstehen, als Schritte heraus aus Aberglauben und Barbarei. (Diese Vorstellung der Aufklärung ist aktueller denn je, hält man sich die laizistische Theologie der vorherrschenden Wirtschaftstheorie vor Augen.) Aber wie auch immer: Wenn wir Sozialismus als Humanismus verstehen und ablehnen, was darunter nicht subsumierbar ist, dann ist jede Veränderung, die das Dasein menschlicher macht, ein Schritt zur Humanität.⁴ Die Forderung nach einer „humanen, gerechten, solidarischen Gesellschaft“ (Meine/Stoffregen S. 38) schließt dann eine Geschichtsphilosophie des Fortschritts ein. Die Parteigänger der Wirtschaftsdemokratie müssen demnach nicht herumdrucksen, wenn die Frage gestellt ist, in welchem Verhältnis denn ihr Anliegen zur Idee des Sozialismus steht.

*

Wie sich die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie zur Geschichtsphilosophie bzw. zur Vorstellung von Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte verhält, klärt sich weiter auf, wenn weitere Gründe aufgedeckt werden, die Wirtschaftsdemokratie als eine andere Steuerung der Wirtschaft notwendig machen. Lassen wir Keynes zu Wort kommen: Er geht davon aus, dass unter bestimmten realistischen Voraussetzungen (so eine angemessene Zinspolitik) die Kapitalausrüstung einer Volkswirtschaft in einer Generation zu ihrem Sättigungspunkt geführt werden könne. Dann sollte „ein richtig geleitetes, mit modernen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, in der Lage sein (...), innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunterzubringen; so daß wir die Zustände eines quasi-stationären Gemeinwesens erreichen würden, in dem Änderungen und Fortschritt sich nur aus Änderungen der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben würden (...).“ (Keynes 2009, 185f)

Ist die Grenzleistungsfähigkeit Null, dann, so Keynes, wird „der Ertrag aus (den Investitionen) nicht viel mehr als ihre Abnutzung durch Wertminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben (...).“ (Keynes 2009, 317) Bei diesem niedrigen Ertrag der Investitionen ist für ihn eine „ziemlich umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen“ (Keynes 2009, 319) notwendig. Aber: „Von der Notwendigkeit zentraler Steuerung für die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen der Konsumneigung und den Anreizen zu investieren abgesehen, besteht somit kein weiterer Grund für die gesellschaftliche Steuerung des wirtschaftlichen Lebens als zuvor.“ (Keynes 2009, 320)

Diese Sicht überzeugt nicht unbedingt. Es ist eher wahrscheinlich, dass die gesellschaftliche Steuerung der Investitionen sehr weitreichende Folgen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben hat. Keynes liefert für diese Vermutung einen Anhaltspunkt, wenn er unterstreicht, dass bei einer Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals von Null es kein Rentier-Einkommen mehr geben kann. Denn dieser Rentier (früher als Coupon-Schneider bekannt, jetzt als Shareholder), oder, wie Keynes ihn auch nennt, der funktionslose Investor, sieht einem „saften Tod“ entgegen. Die gegenwärtigen zerstörerischen Schöpfungen der Finanzbranche zeigen, dass sich die Frage der Rentiers nicht sang- und klanglos erledigt. Aber kurz und gut: Der Bedarf an Realkapital in entwickelten Volkswirtschaften wird sich zunehmend in engen Grenzen halten, die Profitrate wird gegen Null tendieren. Die weiter nötigen Investitionen müssen dann gesellschaftlich veranlasst werden. Hinzu kommt ein weiteres wesentliches Moment: Wenn die Bevölkerung in den entwickelten Ländern abnimmt, dann sinkt, wenn Vollbeschäftigung einmal erreicht ist, der Bedarf an Investitionsgütern um ein weiteres: Weniger Arbeitskräfte sind mit Realkapital auszurüsten (Keynes 1937). Dies beschleunigt den von Keynes beschriebenen Prozess. Umso rascher kommt die „umfassende gesellschaftliche Steuerung der Investitionen“ auf die Tagesordnung. Diese Steuerung erfordert Wirtschaftsdemokratie.

Wirtschaftsdemokratie ist die Lösung des entscheidenden makroökonomischen Entwicklungshemmnisses, das Keynes namhaft gemacht hat. Die institutionellen Voraussetzungen der Lösung jedoch hat Keynes allenfalls angedeutet. Damit aber bleibt „der traditionelle Keynesianismus (nicht) hinter den Anforderungen der historischen Situation zurück“ (Urban S.45). Keynesianismus ist im wesentlichen Wirtschaftstheorie. Diese greift die Frage der Arbeitslosigkeit, des „öffentlichen Skandals ungenutzter Ressourcen“ (Keynes 2009, 321) auf, erklärt ihre Ursache und zieht den Schluss, dass die Investitionen nicht mehr länger eine Funktion der erwarteten Gewinne sein können und dass der Rentier, der funktionslose Investor, ein Atavismus ist.

Wenn das auch den Gewerkschaften klar ist, dann haben sie allen Grund, dieses Problem mit Wirtschaftsdemokratie zu lösen, dann ist diese Forderung nicht einfach ethisch begründet, sondern materiell. Folglich ist Wirtschaftsdemokratie notwendig, um überhaupt das Wirtschaften in Gang zu halten. Die makroökonomische Theorie von Keynes und den Linksk Keynesianern ist auf der Höhe der Zeit, damit aber sicherlich nicht jede politische Richtung, die sich auf Keynes beruft. Die Frage heißt nun, warum die Gesellschaft aus dieser Erkenntnis nichts zu machen in der Lage ist, aus welchem Grund sie die notwendigen, „die strukturellen und institutionellen Bedingungen ihrer Umsetzung“ (Hirschel/Schulten S. 90) nicht schafft. Das zu tun ist Sache der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen allgemein, der politische Parteien; es ist ihr Aktions- und Erfahrungs-

bereich. Wäre es nicht so, dann müsste weiter auf Gott, Kaiser, Tribun oder einen erleuchteten Wirtschaftswissenschaftler gewartet werden.

Die Wirtschaftstheorie des Keynesianismus kann also grundsätzlich die Vorlage sein, um der Absurdität von zunehmender Armut bei hoher und steigender Arbeitsproduktivität ein Ende zu setzen. Damit muss Marx nicht abgeschworen werden, denn für ihn drückt sich in dieser Absurdität der ungelöste Widerspruch zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkraft und den Produktionsverhältnissen aus. Wirtschaftsdemokratie will die Produktionsverhältnisse verändern und hierin die, so Marx, antagonistischen Distributionsverhältnisse.

Mit einem System der Sozialen Marktwirtschaft dagegen läßt sich nichts anfangen. Hirschel/Schulten (S. 88) erinnern hier zurecht an Viktor Agartz' Vorstellung von einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ als einer „grundlegenden Alternative zum ordoliberalen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft“. Denn schließlich schreibt Müller-Armack: „Daß der Arbeitsvorgang in einem Betriebe (...) in einem humanen, friedlichen und geordneten Verande erfolgen muß, ist ein Ziel, daß jeder (...) akzeptieren muß.“ (Müller-Armack 1981,133) Eine „Mitentscheidung in wirtschaftlichen Fragen“ wird dagegen abgelehnt. „Dieses schwere Geschäft des Spitzenunternehmers einer Mitbestimmung zu unterwerfen, (...) erscheint mir (...) wenig sinnvoll.“ In den bedeutenden „Wachstumsindustrien (nämlich) ist die unternehmerische Funktion so heikel, risikogeladen und setzt so *selten* Fähigkeiten voraus, daß es nur wenig sinnvoll erscheint, die eigentliche Entscheidung durch das Gewicht mitbestimmender Funktionäre zu belasten, die nach ihrer Herkunft verständlicherweise nur in seltenen Fällen eine unternehmerische Begabung aufweisen.“ (Ebd., 135) Bedenken ergäben sich auch, weil „gegen die Fernsteuerung der Mitbestimmung seitens der Gewerkschaften“ vieles einzuwenden ist. (Ebd.192) Für Wirtschaftsdemokratie ist in der Sozialen Marktwirtschaft kein Platz – wie überhaupt eine kritische Haltung zum Kapitalismus nicht vereinbar ist mit Sozialer Marktwirtschaft (Schui 2011). So gesehen sollte der „wirtschaftsdemokratische Ansatz“ nicht einfach „hinausgehen (...) über die Perspektive der sozialen Marktwirtschaft“ (Hirschel/Schulten S. 95), sondern sie beiseite lassen, zu ihr in Opposition stehen.

*

Grundsätzlich schafft die – eher unbedachte – Verwendung von Begriffen aus dem Fundus der Sozialen Marktwirtschaft keine Klarheit. Der Begriff „Ordnungspolitik“⁵, besonders im Beitrag von Hickel (S. 98 f.) häufiger verwendet, kann als Beispiel dienen. Sie ist, so Gablers Wirtschaftslexikon, die „Summe aller rechtlich-organisatorischen Maßnahmen, durch die die Träger der Wirtschaftspolitik über eine entsprechende Ausgestaltung der Wirtschaftsverfassung die längerfristigen Rahmenbedingungen für den

Wirtschaftsprozess innerhalb einer Wirtschaftsordnung setzen.“ Ordnungspolitik soll „ordnungskonform“ sein. Will man sich auf Walter Euckens Verständnis von Wirtschaftsordnungen einlassen, dann muss zunächst die Wirtschaftsordnung der Wirtschaftsdemokratie bestimmt werden, um dann die ihr angemessene Ordnungspolitik festzulegen. Schließlich sind es jeweils unterschiedliche Wirtschaftsordnungen. Denn Demokratie und besonders Wirtschaftsdemokratie gehören, zurückhaltend formuliert, nicht zum Grundanliegen von Autoren wie Roepke, Müller-Armack oder Eucken. Die Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft entspricht daher nicht der Wirtschaftsdemokratie. Das hätte im Sammelband geklärt werden müssen.

Es ist also etwas rätselhaft, wenn die Spielregeln des Ordoliberalismus als Schwerpunkt einer „gesamtgesellschaftlichen, demokratisch fundierten Politik“ genannt werden (Hickel S.101f). Schließlich argumentiert Eucken – er ist ja einer der entscheidenden Vertreter des Ordoliberalismus –, dass der Staat die Kraft finden müsse, sich „vom Einfluß der Massen frei zu machen und sich wieder in irgendeiner Form von der Wirtschaft zu distanzieren.“ (Eucken 1932, 318) Denn gegenwärtig habe der „Druck der Interessenten“ einen „Zersetzungsprozeß“ ausgelöst, so dass der Staat „das reine Staatsinteresse zur Geltung zu bringen, (...) nur selten imstande“ sei. (Eucken 1932, 307) Das *reine* Staatsinteresse also völlig frei vom Einfluss der „Massen“ und distanziert von der Wirtschaft? Kann das zusammengehen mit Wirtschaftsdemokratie? Um aber Missverständnisse zu vermeiden: „Eucken zeigte sich zwar als Kritiker der Weimarer Republik, sympathisierte mit dem autoritären Staat und war weit entfernt von der heute unter Liberalen üblichen Position, Demokratie und Marktwirtschaft als zusammengehörig zu begreifen. Aber Eucken war kein Nationalsozialist.“ (Janssen 2009, 196; vgl. hierzu auch Schui 2009)

Sehr lesenswert sind die Beiträge des Sammelbandes, die teilweise realisierte Facetten von Wirtschaftsdemokratie diskutieren (im Abschnitt „Unternehmenssteuerung und Mitbestimmung“ mit den Beiträgen von Bierbaum und Ceising/Osterloh). Hier wie auch in den Beiträgen zum ökologischen Umbau (Burmeister und Müller) und zur regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik (Knauß, Blankau/Bade) hätte man Lust, die Überlegungen zu einem etwas vereinheitlichten Entwurf zur Wirtschaftsdemokratie zusammenzufassen. Dies bietet sich deswegen an, weil viele Erfahrungen namhaft gemacht werden zu Großunternehmen mit Staatsbeteiligung, zur Stiftung als Unternehmensform, zu weiterentwickelter Mitbestimmung oder dazu, wie Belegschaften und ihre Vertretungen die Umweltorientierung bei der Produktion voranbringen können.

Wichtig ist, all dies, wenngleich oft nur im Ansatz verwirklicht, in die Debatte zu bringen. Denn diese Ansätze sind die Erfahrungsbasis, auf der das Projekt Wirtschaftsdemokratie aufbaut. Zu kurz kommen im Sammelband all die Erfahrungen der Vergangenheit – in Deutschland und in ande-

ren Ländern –, die mit einer alternativen Steuerung der Wirtschaft gemacht worden sind. Wie verhalten sich die französischen Verstaatlichungen seit 1981 zur Idee der Wirtschaftsdemokratie? Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, kann der sozialdemokratische Gesetzesentwurf zu den hessischen Sozialgemeinschaften (als Konsequenz der Vergesellschaftungsartikel der hessischen Landesverfassung von 1946) beim Entwurf von Wirtschaftsdemokratie weiterhelfen? So fehlt es ja nicht an offenen Fragen.

* Die Hinweise auf Autoren und Seitenzahlen beziehen sich im Folgenden auf den Sammelband „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“, herausgegeben von Hartmut Meine / Michael Schumann / Hans-Jürgen Urban, VSA Verlag Hamburg, 2011.

Anmerkungen

- 1 Um nach der Reichstagswahl 1930 eine weitere Stärkung der KPD auf der einen und der NSDAP auf der anderen Seite zu verhindern – dies wurde bei Neuwahlen befürchtet –, tolerierte die SPD die Regierung Brüning, die die Krise durch Verringerung der Sozialausgaben und eine allgemeine Sparpolitik in den Griff bekommen wollte. Das wiederum kritisierte die innerparteiliche Linke scharf.
- 2 Ein Beispiel für die Sehnsucht nach einem Zauber, mit dem alle Fragen gelöst werden könnten, sind die Demonstrations-Lösungen zum Ende der DDR, die die Einführung der D-Mark forderten.
- 3 Hierbei ist nicht bei Marx stehenzubleiben. Seine Kapitalismusanalyse trifft, was die Grundlagen einer kapitalistischen Gesellschaft angeht, unverändert zu. Aber mit Marx hat die Menschheit nicht aufgehört, Erkenntnis dazuzugewinnen – auch deswegen, weil sich der Kapitalismus weiterentwickelt. Daher spricht alles dafür, bei den Keynesianern – beispielsweise – eine Antwort auf die Frage zu suchen, unter welchen Bedingungen der produzierbare Wert und Mehrwert als Profit realisiert werden kann.
- 4 Insofern ist „ethischer Sozialismus“ eine recht unklare Kategorie. Willy Spieler (2011, 26) setzt diesen Begriff der Geschichtsphilosophie entgegen: „Je weniger determiniert und vernünftig der Geschichtsverlauferscheint, umso wichtiger wird der ‚subjektive Faktor‘.“ Deswegen habe Arnold Künzli schon 1986 festgehalten: „Der Tod der Geschichtsphilosophie verweist allen Sozialismus zurück auf Ethik und Moral.“ Zu bedenken ist, dass Sozialismus nicht vom Himmel regnet, sondern von Menschen durchgesetzt wird, die sich empören, weil die herrschenden Zustände jeder Moral, ja, jeder Vernunft widersprechen. Wenn Armut in wirtschaftlich entwickelten Ländern als Absurdität wahrgenommen wird, weil doch genug Hilfsmittel bereitstehen, sie zu beseitigen, aber nicht genutzt werden, wenn diese Einsicht auch als eine Sache der Moral zu verstehen ist, dann ist das die treibende Kraft für Entwicklung und damit Gegenstand von Geschichtsphilosophie.
- 5 Ordnungspolitik, so die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, ist es ein „Begriff, den es nur in Deutschland gibt“. (<http://www.insm-lexikon.de>) Liegt dies daran, dass „Ordnungspolitik“ als eine Abstraktion, die das Wesentliche enthalten sollte (das ist ja die Bedeutung von „Begriff“), zu wenig tauglich ist? Allemal ist „ordo“ in seiner ersten Bedeutung mit Stand oder Klasse zu übersetzen, so der Senatorenstand (ordo senatorius) oder der Ritterstand (ordo equester). Deswegen hat man alle Freiheit, unter Ordoliberalismus ständischen Liberalismus zu verstehen.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1975: Demokratie als Institution und Aufgabe. In: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Frankfurt/M.
- Brenner, Otto, 2007: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Herausgegeben von Jens Becker und Harald Jentsch, Göttingen
- Eucken, Walter, 1932: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, 297-321
- Horkheimer, Max, 1934: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd.3, Vorbemerkung zu Kurt Mandelbaum/Gerhard Meyer, Zur Theorie der Planwirtschaft. Paris
- Janssen, Hauke, 2009: Walter Eucken In: Heinz D. Kurz (Hrsg.) Klassiker des ökonomischen Denkens Band 2, München
- Keynes, John Maynard, 2009: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Müller-Armack, Alfred, 1981: Der Moralist und der Ökonom. Zur Frage der Humanisierung der Wirtschaft. In: Derselbe, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern und Stuttgart
- Müller-Armack, Alfred, 1981: Die zukünftige Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft. In: Derselbe, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern und Stuttgart
- Schui, Herbert, 2009: Soziale Marktwirtschaft: Entwurf für eine autoritäre Gesellschaft? In: Derselbe, Gerechtere Verteilung wagen. Mit Demokratie gegen Wirtschaftsliberalismus, Hamburg, 72 – 97
- Schui, Herbert, 2011: Marx, Engels, Erhard. Auf dem Weg zu einer neuen Ikonographie der Linken? In: Sozialismus, Heft 10, Hamburg
- Spieler, Willy, 2011: Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. Visionen und Widersprüche im Parteiprogramm der SP Schweiz. In: Widerspruch Heft 60, Zürich

Gesundheit ist ein Menschenrecht.



Bessere Gesundheit ermöglicht mehr Selbstbestimmung.



medico international schweiz
gesunde basis für alle

www.medicointernational.ch – PC 80-7869-1